

ÖÖ Informiert

Nr. 2, 2017

Österreichische Post AG SP 17Z041006S, 4040 Linz

FPÖ DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

AUF IHN KANN ÖSTERREICH IMMER ZÄHLEN ...

*... während andere
nur kurz vor Wahlen
scheinbar klüger werden*

FPÖ  Sonst wird sich nie was ändern

Soziales:

**Neue
Mindestsicherung
kommt**

Seite 3

Sicherheit:

**Illegales Glücks-
spiel stoppen**

Seite 4

Wohnbau:

**Kostentreiber
stoppen**

Seite 5

Familie:

**Väter werden
wichtiger**

Seite 13

Sozialdemokratie schrumpft, freiheitliche Bewegung im Vormarsch

Im Gespräch setzt FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ganz klare Akzente. Ihm geht es um Leistung, Familie und Tradition. Für die anstehenden Nationalratswahlen nennt Haimbuchner als Ziel, „stärker zu werden. Derzeit sind wir auf dem dritten Platz, der nächste Schritt ist zweitstärkste Partei. Und sogar der erste Platz ist möglich.“

 Europa und Österreich sind politisch im Umbruch. Ihre Einschätzung?

Haimbuchner: Wir erleben nicht nur in Österreich, sondern in Europa, dass die Menschen einen politischen Wandel wollen. Die Sozialdemokratie schrumpft, in weiten Teilen wurde sie atomisiert. Das sieht man etwa am Ergebnis im deutschen Saarland. Und die Menschen wollen einen patriotischen Frühling. Freiheitlich, patriotische Bewegungen erstarken. Die



Kopftuch unterdrückt die Frau und ist ein Kampfsymbol des politischen Islam.

Zustände, die wir nunmehr in Europa haben, gehen auf das Konto der Utopisten von 1968. Die gilt es zu stoppen.

 Wie wollen Sie das erreichen?

Haimbuchner: Die Utopien, die von den Linken an den Schulen, Universitäten und in den Medien verbreitet werden, sind gescheitert. Ich bin daher für einen im positiven Sinn konservativ-liberalen Wandel. Wir müssen uns mehr mit der Realität und den Themen, die die Menschen bewegen, beschäftigen. Leistungsgedanke, Familie und der Erhalt unserer Traditionen müssen wieder in den Vordergrund.

 Was heißt das?

Haimbuchner: Mit einem Wertewandel, für den die FPÖ als einzige Partei eintritt und nicht nur Lippenbekenntnisse ablegt, wie

das andere vor der Wahl tun. Was sich zum Besseren wandelt, wenn die Freiheitlichen in Regierungsverantwortung sind, zeigt sich in ÖÖ ganz klar. Etwa die Reformen bei der Mindestsicherung, die jetzt Vorbild für die anderen Bundesländer sind und die einfach der Gerechtigkeit geschuldet sind, für diejenigen, die arbeiten gehen und in das Steuersystem einzahlen und ihm nicht auf der Tasche liegen. Aber auch mit einem klaren Bekenntnis zur christlich-abendländischen Kultur. Es geht mir darum, zu erhalten, was uns wichtig ist. Es kann nicht sein, dass der Gast dem Gastgeber die Regeln aufzwingt.

 Sind Sie für ein generelles Kopftuchverbot?

Haimbuchner: Das ist ein klares Symbol der Unterdrückung der Frau und ein Kampfsymbol des politischen Islam. Ich bin daher für ein generelles Kopftuchverbot, nicht nur am Arbeitsplatz.

 Am 15. Oktober gibt es vorgezogene Nationalratswahlen – Ihr Ziel?

Haimbuchner: Selbstverständlich treten wir an, um stärker zu werden. Derzeit sind wir die drittstärkste Kraft im Parlament. Nächster Schritt ist daher ganz klar der zweite Platz. Aber wenn es sehr gut geht, ist vielleicht sogar der erste Platz für uns möglich.

LH-Stv. Dr. Haimbuchner



Klubobmann LAbg. Ing. Herwig Mahr

Der Deckel der Bedarfsorientierten Mindestsicherung

Der oberösterreichische Landtag beschloss am 8. Juni mit den Stimmen der FPÖ die Gesetzesnovelle zur Deckelung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS). Dadurch werden alle BMS-Leistungen eines Haushaltes monatlich bei 1.500 Euro begrenzt.

Da dieser Betrag jährlich an die Geldentwertung angepasst wird, beträgt er dieses Jahr 1.512 Euro. Die neue Regelung tritt am 1. Oktober 2017 in Kraft und wird neben der laufenden Kontrolle

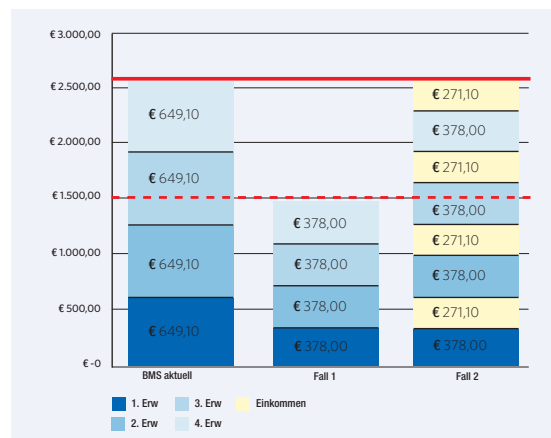
spätestens im Jahr 2022 auf Treffsicherheit, Wirksamkeit und Sparsamkeit überprüft. „Es kann nicht sein, dass eine Familie, in der der Vater 2.200 brutto verdient und die Mutter zusätzlich geringfügig arbeiten geht, das Gleiche bekommt, wie eine Familie, die ausschließlich von der

Mindestsicherung lebt“, begründet Klubobmann Herwig Mahr die BMS-Deckelung. Derartige ungerechte Missverhältnisse werden durch den Deckel nicht mehr möglich sein. „Durch den Deckel wird sich einiges spürbar ändern. Uns geht es vor allem darum, dass sich Arbeit wieder lohnt“, stellt Klubobmann Mahr fest. Durch den Deckel wird der Abstand zwischen eigens erwirtschafteter Leistung – wie beispielsweise durch Arbeit – und staatlichen Leistungen deutlich vergrößert. Als einziges Bundesland machen wir es außerdem möglich, zur Mindestsicherung in bestimmter Höhe dazuzuverdienen. Künftig können also geringe Verdienste auf die BMS-Leistung aufgestockt werden. So hat eine fleißig arbeitende, BMS-beziehende Person am Monatsende mehr in der Haushaltskasse als ein Mindestsicherungsbezieher ohne Arbeit. Natürlich wurden für besondere Härtefälle Ausnahmeregelungen geschaffen. Vom Deckel ausgenommen sind beispielsweise pflegebedürftige, beeinträchtigte oder arbeitsunfähige Personen und Alleinerziehende. „Nur durch den entschiedenen Einsatz der FPÖ gibt es in Oberösterreich bereits die zweite große Reform innerhalb eines Jahres im Sozialbereich. Dadurch übernimmt unser Land eine Vorreiterrolle, die es ohne uns nicht gegeben hätte“, so Mahr.

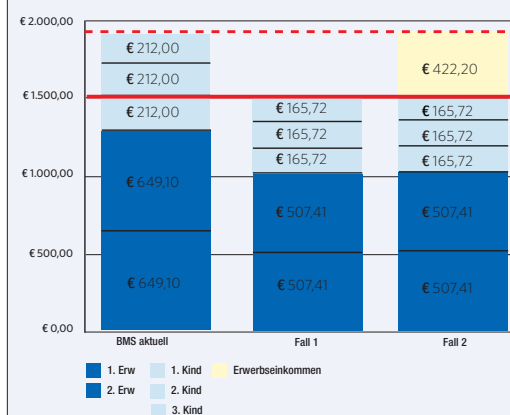
Infobox zur BMS:

Die Bedarfsorientierte Mindestsicherung unterstützt Betroffene und hilft zur Überbrückung in sozialen Notlagen. Sie umfasst monatliche Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und Wohnbedarfs. Grundsätzlich haben nur Personen Anspruch auf die Mindestsicherung, die ihren eigenen Lebensunterhalt oder den Unterhalt ihrer Angehörigen nicht ausreichend decken können. Erfüllen betroffene Personen die entsprechenden Voraussetzungen, erhalten sie auf Antrag Leistungen der BMS.

Haushaltsgemeinschaft mit 4 Erwachsenen



Familie mit 2 Erwachsene + 3 Kindern



Aktion Sicherheit:

Gegen illegales Glücksspiel

Sicherheits-Landesrat Elmar Podgorschek will mittels Kampagne die Bevölkerung für illegale Glücksspielautomaten sensibilisieren. „Allein in Oberösterreich wurden seit Jahresbeginn bis Ende Mai über 600 Automaten beschlagnahmt.“

Drei Unternehmen in unserem Bundesland haben eine Bewilligung zum legalen Betrieb von Glücksspielgeräten. Die Zahl der aufgestellten Geräte in Oberösterreich ist jedoch hoch, viele Betreiber versuchen offenbar ihr „Glück“ mit den illegalen aufgestellten Automaten, versuchen mit allen Mitteln das Gesetz zu umgehen, um so den größtmöglichen Profit zu erzielen. Erst kürzlich musste die Polizei im Bezirk Perg mit Atemschutz eine Glücksspiel-Razzia durchführen, die nicht genehmigten Automaten waren mit Reizgasladungen geschützt, um ein Entfernen zu verhindern. Aber auch einbetonierte Automaten gab es bereits. „Der Kampf gegen das illegale Glücksspiel ist ein schwieriges Unterfangen, denn beschlagnahmte



Automaten werden oft rasch ersetzt“, weiß Podgorschek zu berichten. Erst nach langwierigen Verfahren und weil sich die Betreiber mit allen Mitteln dagegen wehren, können die Geräte zerstört werden. Podgorschek will nun die Be-

völkerung auf diese Problematik aufmerksam machen. „Oft sind es nämlich auch Hinweise aus der Bevölkerung, die helfen, ein illegales Spiellokal auszuheben“, so der freiheitliche Sicherheits-Landesrat.

**SPÜ
DI NED...
...MIT DEINEM LEBEN**



**AKTION SCHARF GEGEN SPIELHÖLLEN IN OÖ
UNTERSTÜTZT VON SICHERHEITSLANDESRAT
ELMAR PODGORSCHKE**

mehr Infos unter www.sicherheitslandesrat.at



Jugendstrafrecht verschärfen!

Immer häufiger berichten Medien über besonders brutale Fälle im Zusammenhang mit jugendlichen Straftätern. Oft fehlt jedoch ausreichend rechtliche Handhabe, gegen Jungkriminelle entsprechend vorzugehen.

Allein von 2015 auf 2016 stieg die Jugendkriminalität in Oberösterreich in der Gruppe der 14- bis 17-Jährigen um drei Prozent. Nach der aktuellen Rechtslage sind Jugendliche unter 14 Jahren nicht deliktstfähig. Sie können also keine Anzeige bekommen und auch nicht verurteilt werden. Bis zum 21. Lebensjahr sieht das Jugendstrafrecht noch diverse Straferleichterungen und einige Ausnahmen für die Strafbarkeit vor. Die Intention des Jugendstrafrechts soll eigentlich eine milde Bestrafung sein, um die Resozialisierung von jungen Straftätern zu fördern. Dieses Ziel wird aber



aktuell immer weniger erreicht – im Gegenteil: die Deliktzahlen in der Jugendkriminalität steigen stetig an. Eine Abschreckungswirkung wird zudem durch die milden Strafen nicht erreicht.

„Die Probleme mit jugendlichen Straftätern häufen sich massiv. Vor allem bei strafunmündigen Tätern scheint das österreichische Rechtssystem schlicht handlungsunfähig zu sein“, kritisiert FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr die steigende Jugendkriminalität. „Momentan haben wir statistisch gesehen österreichweit rund 16 angezeigte Jugendliche pro Tag. Erst kürzlich gab es

nahe des Linzer Bahnhofes eine brutale Massenschlägerei mit rund 30 beteiligten jungen Afghanen und Arabern“, unterstreicht Mahr die Notwendigkeit einer Anpassung und fordert: „Nicht nur aufgrund der steigenden Extremfälle muss das Jugendstrafrecht angepasst werden.“

Diese Anpassung soll mit Experten aus den Bereichen Straf- und Familienrecht, Pädagogik und Jugendpsychologie erfolgen. Denn: „Bei Kindern und Jugendlichen ist immer besondere Sensibilität gefragt. Passieren muss aber schleunigst was, denn so kann es nicht weitergehen“, stellt Mahr klar.

Sozialer Wohnbau: Kostentreiber stoppen

Die Baukosten und Baupreise sind einem stetigen Anstieg unterworfen. Hauptgrund dafür sind die immer schärfer werdenden Normen und Auflagen. Reduziert man die Vorschriften betreffend mancher Ausstattungen, wie Barrierefreiheit, Brandschutz, aber auch mechanischer Lüftung bzw. überbordender Fluchtweglängen auf ein sinnvolles Maß, könnten die Wohnungskosten hier um 20 bis 30 Prozent verringert werden. Das ist das Ergebnis einer Studie der TU Graz im Auftrag des Wohnbaureferenten LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

„Unser Ziel ist es, leistbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das gelingt uns auch mit der stabilen Neubauleistung von rd. 2.500 Wohneinheiten im Jahr im mehrgeschossigen Wohnbau“, zeigt Haimbuchner auf, „dass der soziale Wohnbau entscheidend zur Dämpfung der Wohn- und Mietpreise am Markt beiträgt.“ Vom Jahr 2000 bis 2014 seien vor allem die Baupreise und die Baukosten massiv gestiegen. Mittels Wirtschaftlichkeitsparameter und Ausstattungskatalog gelang es dennoch, die Schaffung von leistbarem Wohn-

raum zu forcieren und auf hohem Niveau zu halten. Laut wissenschaftlicher Arbeit der TU Graz stellen die immer strenger werdenden Vorschriften im Brandschutz und der Barrierefreiheit die größten Kostentreiber dar. „In Städten könnte man durchaus nur 20 Prozent der Gebäude barrierefrei gestalten – mit Extraausstattungen zur Erleichterung für gebrechliche oder behinderte Menschen“, so der FP-

Wohnbaureferent. Zudem nannte Haimbuchner die überschießenden Bestimmungen punkto Energieeffizienz und Schallschutz als weitere Verteuerungsgründe. „Wir müssen ohne Tabus daran gehen, die gesetzlichen Rahmbedingungen zu ändern, Normen weiter entschärfen und entwirren. Ziel ist es, auf ein vernünftiges Maß zu reduzieren“, will Haimbuchner ein Abgehen von überbordenden Auflagen und Vorschriften. „Denkbar wäre es, verschiedene Arten des sozialen Wohnbaus zu errichten: Barrierefrei und mit Lift und/oder mit Vollausstattung. Wer sich das aber nicht leisten kann und will, soll ebenso ein Billigangebot haben können. Nur so kann sozialer Wohnbau und leistbarer Wohnraum mittel- und langfristig gewährleistet werden.“



LH-Stv. Dr. Haimbuchner

EU will Klimawandel und Armut als Asylgründe

Nach Plänen der EU sollen Klimawandel und Armut zukünftig einen Flüchtlingsstatus begründen können. Anfang April kam eine entsprechende Resolution im Europaparlament zur Abstimmung. Auch die Möglichkeit, Asylanträge bereits außerhalb der EU stellen zu können – und sich damit etwa mit Deutschland oder Österreich das Wunsch-Aufnahmeland aussuchen zu können – wurde in der ausführlichen Resolution gefordert.

So heißt es etwa im Punkt 31 der Resolution zum Klimawandel: „Das Europäische Parlament ist der Ansicht, dass Personen, die durch die Folgen des Klimawandels vertrieben werden, ein spezieller internationaler Schutzstatus gewährt werden sollte, mit dem deren besonderer Lage Rechnung getragen wird.“ Auch Armut soll nach dem Willen der EU zukünftig ein Asylgrund sein. Damit bewirkt die EU aber vermutlich das Gegenteil dessen, was der Titel des Entwurfs „Bewältigung von Flüchtlings- und Migrantenströmen: Die Rolle des auswärtigen Handelns der EU“ nahelegt. Statt einer Lösung für die Flüchtlings- und Migrationskrise wird der Anreiz nach Europa zu kommen für Millionen von Menschen noch verschärft.

Daher kritisiert der freiheitliche EU-Abgeordnete Mag. Franz Obermayr dieses Vorhaben scharf: „Praktisch jeder kann überall auf der Welt einen Freifahrtschein in die europäischen Wohlfahrtssysteme lösen. Der Ansturm würde zuerst die Möglichkeiten der Asylbürokratie und dann – da den Asylanträgen ja meistens stattgegeben werden müsste – die europäischen Sozialsysteme und Gesellschaften sprengen.“



Wohngruppen für minderjährige Flüchtlinge sind zu teuer

Von 443 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMFs) sind derzeit in Oberösterreich 382 in Wohngruppen untergebracht. Kritik daran kommt von FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr: „Das ist die teuerste Betreuungsform. Immerhin belaufen sich die Kosten im Monat pro Person dadurch auf 2.898 Euro. Monatlich sind somit für diese 382 UMFs 1,1 Millionen Euro zu bezahlen.“

Die FPÖ fordert daher kostengünstigere Alternativen, gesetzlich wären diese durchaus möglich. Zudem sei deutlich zum Vorjahr die Tendenz zu erkennen, dass die teuerste Unterbringung gewählt werde.

Werden über 20 UMFs in der sogenannten 'Wohngruppe' betreut, sinkt der Tagesshöchstsatz auf 88 Euro pro Person. Dadurch sind immerhin rund 214 Euro weniger im Monat je UMF fällig. „Offensichtlich gibt es keine einzige Wohngruppe mit mehr als 20 UMFs“, analysiert Mahr das Ergebnis der Anfragebeantwortung durch LR Anschober und kritisiert die ineffiziente Unterbringung. Da die durchschnittlichen Kosten einer „UMF-Wohngruppe“ laut Anschober-Beantwortung den monatlichen Höchstwert betragen, lässt sich daraus schließen, dass es bei der teuersten Wohnform keine einzige Einrichtung mit herabgesetzten Tagessätzen gibt.

„Ab 16 Jahren braucht es außerdem nicht automatisch eine kostenintensive 24-Stunden Betreuung. Im Gesetz sind

wesentlich günstigere Unterbringungsformen vorgesehen, die in den meisten Fällen absolut reichen würden. Im Einzelfall sollte das erforderliche Betreuungsausmaß durch einen amtlichen psychologischen Schnelltest geprüft werden können“, unterstreicht Klubobmann Mahr den freiheitlichen Standpunkt. Bei den Unterbringungsformen für UMFs fehlt es am Willen, flexibel und sparsam auf die sich ändernden Flüchtlingsströme zu reagieren.



Klubobmann LAbg. Ing. Herwig Mahr

1. Mai:

Der Gast darf nicht dem Gastgeber seine Regeln aufzwingen

„Wir leben heute in einer Gesellschaft, in der die Gäste dem Gastgeber die Regeln aufzwingen. Das wollen wir nicht!“, stellte FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner in seiner Rede zur traditionellen 1.-Mai-Veranstaltung der FPÖ klar. Bei sonnigem Frühlingswetter und großartiger Stimmung besuchten über 5.000 Freunde der freiheitlichen Gesinnungsgemeinschaft das Festzelt am Linzer Urfahrermarkt.

Auch mit der ehemaligen Arbeiterpartei SPÖ rechnete Haimbuchner ab: „Die Sozialisten treiben heute den Spaltpilz zwischen Arbeitgeber und Unternehmer. Absoluter Tiefpunkt dieser Entwicklung ist das Werbevideo der AK-Oberösterreich. Das ist pure Hetze gegen die Arbeitgeber. Für uns Freiheitliche ist aber klar: Arbeiternehmer und Arbeitgeber sitzen gemeinsam im Boot.“ Ohne Arbeitsplätze gebe es auch kein Steueraufkommen. Es sei ungerecht, wenn Menschen, die noch nie in Österreich gearbeitet haben, mehr Sozialleistungen erhielten, als Österreicher, die ihr Leben lang gearbeitet hätten. „Diese unsoziale Politik lehnen wir ab und wir Freiheitliche zeigen in Oberösterreich, dass wir es besser machen können“, so Haimbuchner. „Je stärker die FPÖ wird, desto mehr können wir das politische Establishment zum Umdenken zwingen.“



Bundesparteiobmann HC Strache und Landesparteiobmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

„Wir sind eine christliche Gesellschaft. Wir wollen kein islamisches Symbol, kein Kopftuch als Symbol eines politischen Islam bei uns sehen. Denn das Kopftuch ist ein Eroberungssymbol, das wir in unserem Land nicht sehen wollen“, spricht sich Haimbuchner angesichts der Wählerlisten von Austrotürken klar dafür aus, „dass die Einbürgerungen von Türken bis auf weiteres gestoppt werden soll.“ Solange es aber NGOs gebe, die von niemandem gewählt wurden und dann

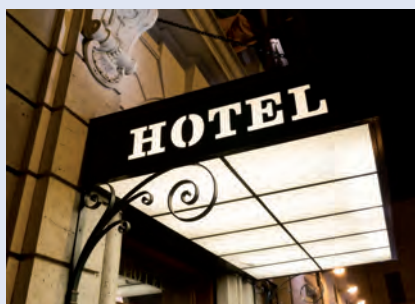
moralische Zensuren verteilen und viel Geld mit der Flüchtlingspolitik verdienen, gebe es keine verantwortliche Integrations- und Ausländerpolitik.

„Die FPÖ setzt sich dafür ein, die vielen Fehlentwicklungen in Österreich abzustellen. Wir sind hochmotiviert, wir haben eine starke Gemeinschaft und wir werden auch weiterhin mit aller Kraft für die Österreicher arbeiten“, so Haimbuchner.

Tourismusstrukturen effizienter gestalten

Im Landtag diskutiert wurde der Tourismusbericht 2016. Dazu stellt der FP-Tourismussprecher LABg. Günter Pröll fest: „Der Tourismus ist wesentliches Standbein unserer regionalen Wirtschaft, wie der Bericht deutlich zeigt.“

Immerhin bringe die Tourismus- und Freizeitwirtschaft gut zehn Prozent unseres Bruttoregionalproduktes mit 5,87 Milliarden Euro. Verändert habe sich das Reiseverhalten: Häufiger, kürzer und flexibler fahren die Menschen auf Urlaub. Daran müsse laufend das heimische Angebot angepasst werden, spricht sich Pröll für „Mut, den Willen zur Veränderung und vor allem zur Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf allen Ebenen.“



Rund 80 Prozent aller Nächtigungen im Vorjahr waren österreichische und deutsche Gäste, sieht der FP-Touris-

mussprecher „noch genügend Luft nach oben.“ Die FPÖ fordert gezielte Maßnahmen: „Rund 11.000 Menschen sind täglich im Tourismus tätig. Wir müssen die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, dazu gehört die Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung für Nächtigungen von zehn auf 13 Prozent. Zudem soll es möglich sein, dass Gebäudeinvestitionen verlängert auf 40 Jahre abgeschrieben werden können.“

Reformen im Gesundheitswesen vorantreiben

Im Gesundheitsbereich gibt es aufgrund der zahlreichen Akteure und Aufsplittungen der Kompetenzen vielfältige Verzweigungen der Zahlungsströme zwischen Bund, Sozialversicherung, Ländern und Gemeinden.

Die FPÖ kritisiert im Einklang mit dem Rechnungshof die unübersichtliche Finanzarchitektur des Gesundheitswesens. Der fehlende Änderungswille in der Gesundheitswesensfinanzierung zeigt sich auch an der Niederlegung höchster Funktionen im Bereich der Sozialversicherung. „Momentan werden bloß 'minimal invasive Eingriffe' anstatt maßgeblicher nachhaltiger Reformen im medizinischen Bereich vorgenommen. Die freiheitlichen Zustimmungen zur Weiterführung der Zielsteuerung Gesundheit sind nur als Überbrückungskredit und mit der Überzeugung zu sehen, dass eine umfassende Reform des Gesundheitssystems unumgänglich ist“, so LAbg. Prim. Dr. Brigitte Povysil, FP-Gesundheitssprecherin.

Landesrat a. D. Dr. Hans Achatz verstorben

Anfang April ist der langjährige FPÖ-Landesparteibmann LR a. D. Dr. Hans Achatz verstorben.

Achatz wurde am 19. Dezember 1943 geboren, nach seinem Studium der Rechtswissenschaften in Wien war er als Richter in Enns und dann beim Kreisgericht Ried tätig. 1984 kam Achatz erstmals in den Oö. Landtag, ab 1989 war er Klubobmann der Freiheitlichen. Bei den Landtagswahlen 1991 trat er als Spitzenkandidat der FPÖ Oberösterreich an und konnte erstmals einen Regierungssitz in Oberösterreich und 11 Mandate für die FPÖ im Landtag erringen. Der in Stadt Haag in Niederösterreich aufgewachsene Achatz wurde 1992 Landesobmann der FPÖ und übergab 2002 die Obmannschaft an Günther Steinkellner, sein Amt als Landesrat übte er bis zur Pensionierung im Jahr 2003 aus.



© Parlamentsdirektion/Carina Ott

Achatz hat sich besonders gegen die Atomenergie eingesetzt und unter seiner Obmannschaft wurde die Volksbefragung zum Linzer Musiktheater durchgeführt. „Wir trauern um eine herausragende Persönlichkeit, die durch Sachkompetenz, Handschlagqualität, Ehrlichkeit und viel Verständnis für die Sorgen der Menschen als Landtagsabgeordneter und Landesrat hohes Ansehen genoss. Sein Ableben hinterlässt eine große Lücke in der freiheitlichen Familie. Die FPÖ spricht insbesondere der Familie tiefempfundene Anteilnahme aus und wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren“, würdigt FPÖ-Landesparteibmann LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner den Verstorbenen.

Polizei aufstocken und besser unterstützen

Mindestens zehn Prozent der Polizisten fehlen schlichtweg in Oberösterreich. Die Personalschmelze durch die Pensionswelle der Babyboomer und Karentausfälle war schon seit Jahren vorhersehbar. Der Personalstand wird darüber hinaus sogar noch ausgedünnt.



Die Leidtragenden sind die oberösterreichischen Polizisten, die ihren Dienst mit einer unzumutbaren Anzahl an Überstunden verrichten, um die Sicherheit unserer Bevölkerung noch zu gewährleisten.

„In den vergangenen 15 Jahren waren die ÖVP-Innenminister nur bei den Wahlversprechen visionär: Jetzt ist es an der Zeit, die tausenden

angekündigten neuen Polizisten auch wirklich in die Dienststellen zu bringen! Gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Land Oberösterreich baut die FPÖ erneut den Druck auf den Bund auf. Das Thema Sicherheit durch flächendeckende Polizeipräsenz ist zu wichtig. Das dürfen wir nicht unter den Tisch fallen lassen“, so Sicherheitssprecher, LAbg. Alexander Nerat.

FPÖ-HC Strache sagt:

**Schluss mit Kammerzwang
und ORF-Gebühren.**

Kern & Kurz sehen das anders.

FPÖ ~~X~~ Sonst wird sich nie was ändern



Schüler- und Lehrlingsfreifahrt ist nun online

Jährlich nützen rund 100.000 junge Menschen das Schüler- und Lehrlingsticket des OÖVV, um mit den öffentlichen Verkehrsmitteln vom Wohnort zur Schule bzw. betrieblichen Ausbildungsstätte zu gelangen. Die Beantragung und Ausstellung erfolgte bis zuletzt mittels Antragsformular auf Papier.



Dieses Antrags- und Ausstellungssystem war angesichts der Möglichkeiten elektronischer Medien nicht mehr zeitgemäß. Für das Schuljahr 2017/18 ist das Antrags- und Ausstellungssystem der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt im Oberösterreichischen Verkehrsverbund nun auf ein Onlinesystem umgestellt.

„Mit dem neuen Online-Bestellsystem wird ein weiterer Schritt zur Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs gesetzt. Durch den zeitsparenden und smarten Vertriebsweg sind die jungen Fahrgäste an keine Öffnungszeiten gebunden und können die Bestellung bequem von da-

heim, rund um die Uhr vornehmen“, lobt Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner die neue Erwerbsmöglichkeit.

Bereits für das kommende Schuljahr 2017/18 kann unter www.shop.ooevv.at direkt der Antrag gestellt werden. Auch das Aussehen hat sich verändert. Die Fahrausweise sind künftig im modernen, praktischen Scheckkartenformat und verfügen über Sicherheitsmerkmale nach dem aktuellen Stand der Technik. „Es ist unsere Aufgabe, nicht nur ein attraktives Verkehrsangebot anzu-

bieten, sondern auch eine frühe Bewusstseinsbildung für mobiles Denken zu fördern“, ist Steinkellner mit dieser wichtigen Basisarbeit für die Zukunft des öffentlichen Verkehrs in Oberösterreich zufrieden.



LR Mag. Günther Steinkellner



FPÖ-HC Strache sagt:

**Sofortige Abschiebung
bei Verbrechen.**

Kern & Kurz sehen das anders.

FPÖ ~~X~~ Sonst wird sich nie was ändern

Türkisch-Österreichische Doppelstaatsbürgerschaften sind **Betrug an der Republik Österreich**

Aufgekommene Verdachtsfälle beim Österreichischen Bundesheer rund um mögliche türkisch-österreichische Doppelstaatsbürgerschaften zeigen uns, wie brisant diese Thematik in Wirklichkeit ist. Die Angelegenheiten und Vorgehensweisen der vermeintlichen österreichischen Staatsbürger sind eindeutig, die Republik Österreich wird hier von so manchen Personen schlichtweg betrogen und ausgenutzt.

Die österreichische Bundesregierung ist hier klar in der Pflicht, weitere Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, solche Missbrauchsfälle aufdecken zu können. Auch wenn systematische Prüfungen aufgrund der Rechtslage derzeit nicht durchgeführt werden können, muss die Bundesregierung in dieser Causa einschreiten. Sei es durch schärfere Gesetze oder die Schaffung von rechtlichen Möglichkeiten zur Kontrolle und Aufklärung möglicher Verdachtsfälle.



Auch Oberösterreich hat mit einer Dunkelziffer an türkisch-österreichischen Doppelstaatsbürgern zu kämpfen. Das Rechtsempfinden dieser Staatsbürger scheint in Anbetracht des illegalen Umstandes nicht wirklich vorhanden zu sein.

Die Überprüfung der vermeintlichen Doppelstaatsbürger gestaltet sich schwierig, da die türkischen Behörden nicht kooperieren. Nur in vereinzelt Fällen kommen die nicht rechtmäßigen

Doppelstaatsbürgerschaften ans Tageslicht. Beispielsweise bei Anträgen zum Familiennachzug, etwa wenn die österreichischen Ämter Einblick in das türkische Personenstandsregister erhalten und somit persönliche Verhältnisse offengelegt werden müssen.

Wenn eine Person nach Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft die türkische wieder annimmt, ist dies nicht rechtskonform und sie besitzt somit illegal eine zweite Staatsbürgerschaft.

Möglich ist eine Doppelstaatsbürgerschaft nur mit einem sogenannten Beibehaltungsbescheid, der lediglich in Ausnahmefällen erteilt wird. „Vor einigen Wochen habe ich eine Liste mit Namen möglicher Doppelstaatsbürger erhalten und die sofort der zuständigen Abteilung für Staatsbürgerschaftswesen übergeben. Die Liste, welche rund 2.000 Personen aus Oberösterreich enthalten soll,

werden wir lückenlos überprüfen“, erklärt der für das Staatsbürgerschaftswesen in Oberösterreich zuständige Landesrat Elmar Podgorschek.

Nach einem Abgleich der Liste mit dem österreichischen Wählerverzeichnis durch die Behörde wird bei Ungereimtheiten ein Feststellungsverfahren eingeleitet. Kann ein aufgekommener Verdacht nicht entkräftet werden, hat dies zur Folge, dass die österreichische Staatsbürgerschaft ex lege verloren geht. „Die genauen Prüfungen werden natürlich einige Zeit in Anspruch nehmen. Ich hoffe jedoch, dass mögliche Unrechtmäßigkeiten rasch aufgedeckt werden und der gesetzliche Zustand hergestellt wird“, so Podgorschek abschließend.



LR Elmar Podgorschek

Langeweile? **Nicht bei uns!**

„Abenteuer Familie“, der Welser Familienverein, NEU in ganz Oberösterreich unterwegs



Seit 2013 agiert der Verein „Abenteuer Familie“ mit Obfrau Sandra Wohlschlager sehr erfolgreich für Kinder und Familien in Wels und Wels-Land. Die Angebotspalette reicht von Spielgruppen, offenen Zwergen-Treffs, Themennachmittagen, Elternbildung und Zwickeltagbetreuung bis hin zu Besuchsbegleitung, Teenie-Aktivitäten und umfangreichen Ferienangeboten. Das Kinderprogramm von „Abenteuer Familie“ kann auch für Fremdver-

anstaltungen gebucht werden: Hüpfburg, Luftballonstart, Kleinkind-Bereich, Kreativ-Werkstatt, Großgruppenspiele, Geschicklichkeits- & Bewegungsstationen. Spiel & Spaß für alle Altersklassen sind mit dem abenteuer.mobil garantiert.

Seit Mai ist „Abenteuer Familie“ im ganzen Bundesland unterwegs. Das Team freut sich darauf, Aktivitäten in allen Bezirken anzubieten! Da die Kinderbetreuung während der neun Wochen

Sommerferien jedes Jahr auf's Neue eine Herausforderung für die Eltern darstellt, gibt es erstmals ein Ferienprogramm für alle oberösterreichischen Familien. Das Abenteuer Zeltlager, ein von Sozialpädagogen begleitetes Erlebnis für Kinder und Jugendliche, führt ins Redlital. Alle Informationen dazu und über den Verein gibt es auf www.abenteuerfamilie.info

Pendlerparken wird ausgebaut



Entlang der Summerauer- und der Mühlkreisbahn sollen jeweils bis zu 500 neue Parkplätze für Pendler geschaffen werden, so Verkehrslandesrat Mag. Günther Steinkellner.

Mittels Studie wurde ermittelt, welche bereits bestehenden Pendlerparkplätze an diesen Bahnstrecken vordringlich erweitert werden müssen. Verschiedene Kriterien und eine Prioritätenliste wurden erstellt, auch die rasche Umsetzung sei wichtig. Konkret geht es um die Haltestellen St. Georgen/Gusen, Gaisbach-Wartberg, Pregarten und Steyregg bei der Summerauer-Bahn. Bei der Mühlkreisbahn sollen die Stellplätze in Rottenegg, Walding und Ottensheim ausgebaut werden. Laut Schätzungen von Steinkellner belaufen sich die Kosten auf rund fünf Millionen Euro – finanziert zur Hälfte von den ÖBB und die anderen fünfzig Prozent durch Land OÖ und Gemeinden.

Naturschutzgebiet Kremsau wird gesichert

Die Sicherung und Entwicklung von ökologisch wertvollen Land- und Wasserflächen durch Sicherung und Entwicklung von Uferlandstreifen und Überflutungsflächen, ist ein wichtiger Aspekt im Natur- und Landschaftsschutz.

Ein solches Projekt ist das Naturschutzgebiet Kremsau welches zeigt, dass durch unbürokratische und effiziente Zusammenarbeit auf politischer und beamteter Ebene, mit überschaubaren finanziellen Mitteln, ein mehr als wertvoller Beitrag zu Natur- und Landschaftsschutz geleistet wird.

„Gute Projekte gelingen nur dann, wenn alle an einem Strang ziehen, auch wenn sich Projekte wie dieses oft abseits des medialen Trubels abspielen. Doch die schönsten Blumen blühen in der Stille. Der Naturschutz ist allgegenwärtig, aber nicht immer in der ersten Reihe. Gemeinsam mit LR Hiegelsberger und LR Pod-

gorschek, sowie durch die großartige Arbeit der Abteilungen, tragen wir hier nachhaltig zum Schutz unserer Heimat bei“, unterstreicht LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Foto: Land OÖ/Grinberger



LR Elmar Podgorschek und LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner



FPÖ-Klubobleute tagten in Linz

Ende Mai fand die FPÖ-Klubobleutekonferenz in Linz statt. Dabei ging es auch um die anstehenden Nationalratswahlen im Oktober. FP-Chef Heinz-Christian Strache betonte, dass „wir uns in einer Koalition zumindest zu 50 Prozent wiederfinden sollen.“

Gemeinsamkeiten gäbe es in familien-, gesellschafts- und sicherheitspolitischen Fragen mit der ÖVP, bei Infrastruktur, Arbeitsmarkt oder Gesundheit mit der SPÖ. „Ich halte es aber auch für möglich, dass sich die beiden bisherigen Koalitionspartner nach der Wahl erneut zusammentun“, so Strache. Erarbeitet werde von der FPÖ ein Grundsatzpapier, „mit unseren Vorstel-

lungen zu den ersten 200 oder 300 Tagen in der Regierung.“ Weitere Eckpunkte für eine blaue Regierungsbeteiligung seien laut FP-Chef neben dem Integrations-thema, ein Ausmisten von Steuerrecht und Gewerbeordnung. Betriebsansiedlungen müssten wieder leichter möglich werden, es brauche eine bundeseinheitliche Spitalsplanung und bessere Rahmenbedingungen für Medi-

ziner. Reformblockaden sollen mittels direkter Demokratie aufgelöst werden.

„Uns geht es insgesamt gesehen um Gerechtigkeit für alle Bürger, nicht für Nischen, wie das bisher der Fall war. Der Stillstand in unserem Land kann nur überwunden werden mit der FPÖ, die zum stabilen, kontinuierlichen Faktor in der Innenpolitik wurde“, betonte Strache.



Zünftig unterwegs im Mühlviertel

Auf Einladung der FPÖ Rohrbach besuchte Landesparteiobmann Dr. Manfred Haimbuchner St. Johann/Wimberg. An der Spitze des Hansinger Oldtimerkonvois steuerte Haimbuchner mit Beifahrerin Bezirksparteiobfrau LAbg. Ulrike Wall den Traktor vom Ortsplatz zum Gasthaus beim Dampfkessel, wo ihn mehr als 300 Gäste erwarteten.

Kinderbetreuung: FPÖ für echte Wahlfreiheit

Seit 2009 können Kosten für Kinderbetreuungspersonen in Höhe von maximal 2.300 Euro pro Kalenderjahr und Kind abgesetzt werden. Seit Jahresbeginn sind sogenannte 'Babysitter' davon ausgenommen.

Anstelle der bisherigen Acht-Stunden-Ausbildung sind nun 35 Stunden für die steuerliche Absetzbarkeit notwendig. Daneben fehlt es immer noch vielfach an den Voraussetzungen, dass Mütter ihre Kinder selbst betreuen können, ohne hohe finanzielle Einbußen zu haben.

„Wir brauchen eine echte Wahlfreiheit zwischen einer Betreuung innerhalb des Familienverbandes, durch Tageseltern als alternative Betreuungsmaßnahme oder in einer institutionellen privat oder öffentlich geführten Einrichtung. Für uns ist von Bedeutung, dass sich Eltern frei entscheiden können, wie sie ihre Kinder betreuen möchten. Auch der bürokratische Mehraufwand bei der Absetzbarkeit von Kin-

derbetreuern ist unverhältnismäßig und muss im Sinne einer familienfreundlichen Politik umgehend bereinigt werden“, so die FP-Familiensprecherin, LAbg. Sabine Binder.



Infrastruktur-Landesrat Steinkellner:**Sanierung von Unfallhäufigkeitsstellen**

Die Anzahl der Fahrzeuge und die Verkehrszahlen steigen. Trotzdem gibt es erfreulicherweise eine fallende Tendenz bei Unfällen, Verletzten und Getöteten. „Weitere Anstrengungen sind jedoch notwendig, um unsere ambitionierten, mittelfristigen Ziele von 25 % weniger Verkehrstoten, 20 % weniger Verletzten und 10 % weniger Unfällen bis 2022 zu erreichen“, so Infrastrukturlandesrat Mag. Günther Steinkellner.

Ein wesentlicher Inhaltsschwerpunkt im Verkehrssicherheits-Programm ist die Erfassung von Unfallhäufigkeitsstellen. Danach folgt eine Analyse und darauf aufbauend werden Verbesserungsvorschläge erarbeitet. Neuralgische Punkte sollen damit nachhaltig entschärft werden. Die Bewertung einer Unfallstelle als Unfallhäufigkeitsstelle beruht auf zwei Kriterien, von denen zumindest eines erfüllt sein muss.

- Eine Unfallhäufigkeitsstelle liegt vor, wenn sich innerhalb von drei Jahren an einer Straßenstelle mindestens drei Unfälle mit Personenschaden
- oder mindestens fünf gleichartige Unfälle mit Personen- oder Sachschaden ereignet haben.

Neben verkehrsrechtlichen Maßnahmen wie bspw. Geschwindigkeitsreduktion tragen vor allem bauliche Adaptierungen zur Beseitigung von Unfallhäufigkeitsstellen bei. So können vor allem die Umgestaltung von Knotenpunkten, Anbringung von Fahrbahnteilern, verbesserte Abbiegespuren oder bessere Beleuchtung, das Unfallrisiko signifikant senken.

„Eines meiner zentralen Anliegen besteht darin, den Verkehrsteilnehmern eine sichere Verkehrsinfrastruktur anzubieten. Mit der kritischen Auswertung von Verkehrsunfalldaten haben wir eine wichtige Basis geschaffen, um die Verkehrssicherheitsarbeit in unserem Bundesland effizient weiterzuentwickeln“, so Steinkellner.

Bereits bereinigte Stellen und wichtige aktuelle Baulose zur Entschärfungen von Unfallhäufigkeitsstellen sind:

Bez. Braunau:

- Knoten B 148/B 156 sowie die
- B 147 durch Munderfing und Mattighofen (Umfahrung Mattighofen)

Bez. Eferding:

- Umfahrung Eferding

Bez. Kirchdorf:

- B 140 Bereich Feuerbachbrücke.

Bez. Linz-Land:

- A1 Ab- und Auffahrt Süd.

Bez. Ried:

- Häuplkreuzung Lohnsburg.

Bez. Rohrbach:

- B 127 Kurvenstück Katzing.

Bez. Steyr-Land:

- Kreuzung B 115/Werkstraße in St. Ulrich.

Bez. Urfahr:

- Kreuzung B 131/B 132 in Feldkirchen.

Wels:

- Kreuzung: Karl-Loy-Straße/B 1.



Die Rolle des Vaters gewinnt an Bedeutung

Laut IMAS-Studie, im Auftrag von Familienreferenten LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner durchgeführt, gewinnt die Rolle des Vaters an Bedeutung.

Für 80 % der Befragten sind der Kontakt und Zusammenhalt in der Familie sehr bzw. ziemlich stark zu beurteilen. Und rund drei Fünftel stimmen zu, dass man Familie braucht, um glücklich zu sein. Eltern sind die besten Vorbilder – bei den Erziehungszielen sind die traditionellen Werte wie gute Umgangsformen, Ehrlichkeit, Fleiß, Ehrgeiz und Geborgenheit wieder stärker beliebt. Auch gibt es bei jüngeren Familien den Trend zur stärkeren Beteiligung der Väter bei der Kindererziehung. Mittlerweile gehen rund 20 % der Väter in Väterkarenz. Diese aktive Vaterschaft wirkt sich positiv aus: Bei Buben sind seltener Schulabbrüche, sowie Tendenzen zu Gewalttätigkeit und Drogenmissbrauch zu erkennen. Bei den Mädchen kann der Vater die soziale Kompetenz stärken und die Neigung zu Essstörungen, sowie Drogenmissbrauch sind ebenfalls wesentlich geringer.

„Kinder brauchen starke Bezugspersonen, um zu selbstsicheren und kritischen Menschen heranzuwachsen. Dazu braucht es beide Eltern und gerade eine aktive Beteiligung der Väter hat positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Kinder. Mit einer starken Familie sichern wir die Zukunft unseres Landes!“, so Haimbuchner.

EU-Beitrittsverhandlungen mit Türkei beenden

Trotz der offensichtlichen Einschränkungen der Menschenrechte durch das islamistische System Erdoğan wird bis ins Jahr 2020 immer noch die sogenannte Heranführungshilfe von rund 4,5 Milliarden Euro gezahlt.

Sie soll die Türkei „beitrittsreif“ machen. Der blau-schwarze Antrag für einen sofortigen Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, für ein Einfrieren der „Heranführungszahlungen“ und für eine Neuverhandlung des Flüchtlingsdeals wurde im Mai im oberösterreichischen Landtag beschlossen. „Die politischen Entwicklungen in der Türkei sind mehr als besorgniserregend. Die Türkei ist weder geographisch, noch kulturell, oder bezüglich des Standes der Demokratisierung ein europäisches Land.

Darauf weisen wir bereits

seit längerem hin. Spä-

testens das Re-

ferendum hat klar gezeigt, dass die Türkei kein Teil eines aufgeklärten, auf westlichen Werten basierenden Europas sein kann“, so FP- Integrations Sprecher, LAbg. Michael Gruber.



Eigene Leute für Pflegeberuf gewinnen

Die aktuell 80.000 pflegebedürftigen Personen in Oberösterreich werden im Jahr 2035 auf über 110.000 steigen. Bereits jetzt kämpfen wir mit knappen Personalressourcen. „So sind die 400 leerstehenden Betten in den öö. Alten- und Pflegeheimen nicht nur die Folge des zu großzügigen Ausbaus der vergangenen Jahre, sondern auch auf das fehlende Pflegepersonal zurückzuführen“, zeigt die freiheitliche Sozialsprecherin, LAbg. Ulrike Wall auf.

Um zu verhindern, dass aufgrund des Personalnotstandes bzw. der Überlastung der vorhandenen Pflegekräfte in absehbarer Zukunft die Qualität der Langzeitpflege gefährdet wird, bedarf es eines Bündels an Maßnahmen, ist Wall überzeugt.

Dabei spielen attraktive Ausbildungsangebote eine wesentliche Rolle. „Es wäre fahrlässig, auf den anhaltenden Zustrom osteuropäischer Pflegekräfte zu vertrauen“, sagt Wall und fordert: „Österreich muss eigene Leute für den Pflegeberuf gewinnen, insbesondere auch Pflichtschulabgänger. Deshalb fordert die FPÖ seit Jahren die Schaffung einer sog. 'Pflegelehre'. Dadurch soll die Lücke zwischen Pflichtschulabschluss und dem aktuell frühestmöglichen Ausbildungsbeginn mit 17 Jahren geschlossen werden“, erklärt Wall.

„Wir müssen alle Ressourcen nützen, um die bevorstehenden Herausforderungen zu bewältigen, um die gute Qualität in der Pflege aufrechtzuerhalten. Eine die-

FPÖ fordert Schaffung einer Pflegeausbildung für Pflichtschulabgänger in Form einer sog. "Pflegelehre"



ser Ressourcen sind die Pflichtschulabgänger – und da fehlt das entsprechende Ausbildungsangebot. Das muss sich ändern. Ich hoffe, die Verantwortlichen auf Bundesebene erkennen das auch endlich und setzen die notwendigen Schritte“, so Wall abschließend.



FPÖ-HC Strache sagt:

Österreich zuerst am Arbeitsmarkt.

Kern & Kurz sehen das anders.

FPÖ  Sonst wird sich nie was ändern



v.l.n.r.: Alexandra Hager-Wastler (Katholischer Familienverband OÖ), Mag. Helga Krennmair (Elternverein Regenbogen Michaelnbach), Mag. Stefanie Hautt-Kaiserseder (Caritas St. Isidor), Familienreferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, Sandra Wohlschlager (Abenteuer Familie)

Familienorientierung und Kinderfreundlichkeit werden in Oberösterreich groß geschrieben

Mit dem Felix Familia werden jedes Jahr die familienfreundlichsten Projekte im Land gewürdigt. Heuer richtete sich der Aufruf an Vereine, Verbände und Einzelpersonen in Oberösterreich. LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner überreichte den Siegern des Landesfamilienpreises „Felix Familia 2017“ Urkunden, Preisgelder und die begehrte Bronzestatue Felix Familia und betonte: „Als Familienreferent freue ich mich ganz besonders über die vorbildhaften Projekte beim diesjährigen Landeswettbewerb Felix Familia. Sie sind ein Beleg für Familienorientierung und Kinderfreundlichkeit in Oberösterreich.“ Die Gewinner des Felix Familia 2017 sind:

■ 1. Platz: Caritas St. Isidor - Projekt „Balu und Du“

Balu und Du ist ein Mentorenprogramm zur Förderung von Kindern im außerschulischen Bereich. Engagierte Studenten der Fachhochschule OÖ übernehmen ein Schuljahr lang die individuelle Patenschaft für ein Kind. Im Fokus sind Geschwister von beeinträchtigten Kindern. Besonders für diese Geschwisterkinder ist eine solche intensive Art der Aufmerksamkeit wichtig, da diese im Familienalltag oft nicht erlebt werden kann. Neben einem beeinträchtigten Geschwisterkind bleibt meist wenig Zeit für gesunde Geschwisterkinder.

■ 2. Platz ex aequo - Katholischer Familienverband OÖ - Projekt „welcome - praktische Hilfe nach der Geburt“

Das Projekt welcome bietet Entlastung und Unterstützung für Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes an. Freiwillige (welcome-Engel) helfen dort, wo Familie, Nachbarn oder Freunde nicht zur Verfügung stehen.

Durch die Unterstützung junger Familien leistet das Projekt einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft. Den Familien wird eine individuelle Hilfe bis zum 1. Lebensjahr des Kindes angeboten. Die Unterstützung fördert die positive Eltern-Kind-Beziehung.

■ Projekt „Elternverein Regenbogen buntes Miteinander in Michaelnbach“

Der Elternverein Regenbogen Michaelnbach wurde gegründet, um die Verantwortung der Eltern hinsichtlich der Themen Kinderbetreuung, Familienfreundlichkeit, aktives Engagement in der Schul- und Kindergartengemeinschaft sowie Elternbildung wahrzunehmen und farbenfrohe Akzente für Familien und Kinder in Michaelnbach zu setzen.

Er vertritt die Interessen und Anliegen von Familien und Kindern. Der Elternverein ist nicht nur Elternverein für die Volksschule, sondern für alle Eltern in der Gemeinde mit Kindern von 0 bis 10 Jahren. Die Leistungen des Elternvereins

reichen vom Sommerkindergarten für Kindergarten- und Volksschulkinder bis zu Elternbildungsmaßnahmen.

■ 3. Platz: Abenteuer Familie - Projekt „Abenteuer plus“

Abenteuer Familie ist ein junger Verein, der Hilfe und Unterstützung für Familien in Wels anbietet, dort wo sie es am meisten braucht: im Alltag. Mit dem Projekt Abenteuer plus möchte er vorhandene Betreuungslücken schließen und bietet deshalb ein Plus an Angeboten an: die Zwickeltag-Betreuung, Aktivitäten in den Semester-, Oster- und Weihnachtsferien und spannende Workshops.

Besonders innovativ ist das Angebot zur Lernförderung. Lernen soll mit Freude und Spaß verbunden sein. Daher wird die Lernförderung an nicht alltäglichen Orten, nämlich in Sportvereinen angeboten. Die Umgebung, die man normalerweise nur vom Hobby kennt, lässt die Kinder offener und aufnahmefähiger für den Lernstoff werden.

Informationen: www.familienkarte.at

Familien-Kongress am 19. November in Bad Ischl

Elternschaft ist eine spannende und herausfordernde Aufgabe. Vieles machen Eltern intuitiv richtig, stoßen manchmal aber auch an ihre Grenzen. Hier kann Elternbildung unterstützen. Oberösterreich ist darin Vorreiter.

Neben einem vielfältigen Vortrags- und Seminarangebot hat Oberösterreich mit den Elternbildungsgutscheinen ein Anreizsystem geschaffen, das von den Eltern und Bildungseinrichtungen hervorragend angenommen wird. Der JAKO-O Familien-Kongress erweitert dieses Angebot und stellt eine österreichweit einmalige Gelegenheit dar, geballtes Erziehungswissen von namhaften Referenten geboten zu bekommen. Der JAKO-O Familien-Kongress wurde schon einige Male mit viel Erfolg veranstaltet. Tausende begeisterte Eltern haben hier Know-how für ihr Familienleben getankt und die Weiterbildung in Sachen Familie sehr genossen.



Elternbildungsgutscheine des Landes OÖ im Gesamtwert von 20 Euro können eingelöst werden.

Die Elternbildungsgutscheine werden gleich mit dem Eintrittspreis verrechnet! Einfach Absender auf den Gutschein schreiben und an folgende Adresse schicken: JAKO-O, z. Hd. Ingrid Geißler, Postfach 11 50, D-96473 Bad Rodach

Anmeldung & weitere Informationen

unter: www.jako-o.at/familienkongress bzw. www.familienkarte.at oder Tel. 00 800/22448800 (kostenfrei!)

Fachreferenten garantieren am 19. November in Bad Ischl höchste Qualität und Informationen beim Kongress!

... und das erhalten Sie für 99 Euro pro Person:

- Alle Vorträge der führenden Experten (insgesamt stehen 16 Vorträge zur Auswahl)
- Kongressunterlagen und alle Informationen in einer Mappe
- Komplette Verpflegung: Mittagessen, Getränke und Pausensnacks
- Ein kleines Geschenk als Mitbringsel für Kinder

„Eine vertrauensvolle Beziehung und gute Kommunikationskultur zwischen Eltern und Kindern sind das Fundament für die kindliche Entwicklung und prägen das Kind für das ganze Leben. Manche Eltern fühlen sich jedoch in ihrer Elternrolle zeitweise verunsichert und suchen nach Unterstützung. Hier setzt Elternbildung an. Elternbildung stärkt die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz, gibt ihnen Sicherheit in ihrer Elternrolle und erleichtert damit den Familienalltag. Schließlich wollen Eltern das Beste für ihr Kind“, betont Familienreferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.



Elternbildung ist Manfred Haimbuchner ein Anliegen.